

Die Weichen sind gestellt, wie geht es weiter?

Die Kungelei zwischen EU und Bundesregierung nimmt Gestalt an. Der Kompromiß in Sachen EEG-Umlage hat zunächst einmal die Gemüter beruhigt. Die Medien berichteten zwar über erste Reaktionen, zu den ökonomischen Folgen äußern sie sich nicht, obwohl sie das bevorzugt tun, wenn ihnen ein Vorgang „gegen den Strich geht“. Im Falle der EEG-Kungelei ist das offensichtlich nicht der Fall, schließlich müssen die Bürger ja nicht alles wissen. Kommen wir zur Sache:

Am 15.07. 2014 war zu lesen, daß EON **Pächter für Solaranlagen**¹⁷ sucht! Das Energieunternehmen EON zieht als erster internationaler Großinvestor die Konsequenzen aus dem Deal! Sie haben recht gelesen. EON ist zwar ein deutsches Unternehmen, doch es ist mehrheitlich in der Hand ausländischer Eigentümer. Im Jahr 2005 besaß das Auslandskapital bereits 54 Prozent des gesamten Eigenkapitals¹⁸, ein Anteil der bis heute noch gewachsen ist. Daß es so gekommen ist, verdanken wir dem Euro. Nach seiner Einführung hatten sich die Preise für deutsches Produktivvermögen und deutsche Grundstücke für Ausländer halbiert. In den Jahren nach Einführung des Euro gingen die „Filetstücke“ der deutschen Wirtschaft in ausländische Hände über. Die Eigentümer bestimmen die **Ziele der Unternehmen**. Und das oberste Ziel heißt **Renditemaximierung**. An ihr wird die Geschäftsleitung gemessen. Und die EON-Geschäftsleitung befolgt die Zielvorgaben vorbildlich.

Als die Politik die EEG-Umlage einführte, gehörte EON zu den ersten, die sich die sagenhafte Schnäppchen-Rendite der Ökostromerzeugung nicht entgehen ließ. Die Eigentümer waren sehr zufrieden. Jetzt, da die Politik die Goldgräber-Renditen beendet, gehört EON wieder zu den Ersten. Diesmal steigen sie aus dem Boot aus. Unternehmen wie EON sind bestens informiert, wie es weiter geht. Sie sind mit der Politik direkt „verhandelt“. EON steigt aus und sucht jetzt Einsteiger als Pächter für die Anlagen. Ihr Angebot nennt das Unternehmen ein „Rund-um-sorglos-Paket“. Dazu muß man uninformierte, dumme Anleger finden. Und die Politik hält sich noch bedeckt, wie es konkret weiter gehen wird. Kanzlerin Merkel deutete nur vage an, was sie zu tun gedenkt. Sie werde die Energiepolitik künftig stärker auf Europa ausrichten¹⁹, weshalb in dem gerade erst novellierten Erneuerbare-Energien-Gesetz die „Einspeisevergütung“ abgeschafft und durch ein Ausschreibungsverfahren ersetzt wird.

Aber genau das hat Folgen, über die sich die wenigsten im Klaren sind: An den Ausschreibungen werden sich auch Finanzinvestoren aus dem EU-Ausland bewerben, für die sich dann Investitionen in die Ökostromerzeugung rentieren. Den deutschen Verbrauchern bleibt die Bezahlung der EEG-Umlage. Die können sich zwar auch um die Zuteilung der Ökostrom-Lizenz bewerben, aber gegen die Großflächenerzeugung des internationalen Kapitals in südlichen Regionen Europas können sie natürlich nicht konkurrieren. Zwar mußten die Deutschen die EEG-Umlage auch jetzt schon bezahlen, aber auf der anderen Seite konnten sie als Produzenten auch von der Subventionierung profitieren.

Das fällt weg. Künftig dürfen sie nur noch den teureren Ökostrom bezahlen!

www.hpatzak.de

25.07.2014

¹⁷ F.A.Z., 15.07.2014, Seite 25.

¹⁸ FAZ 29.11.2005.

¹⁹ F.A.Z., 19.07.2014, Seite 18.